

Mehr Realismus in der Energie- und Umweltpolitik erforderlich

Leitplanken der Energiepolitik

In kaum einem anderen Bereich sind die Folgen eines rapide steigenden Weltsozialprodukts und einer zusammenwachsenden Welt so deutlich spürbar, wie auf den Rohstoff- und Energiemärkten. In diesem globalen Umfeld ist von steigender Nachfrage mit wahrscheinlich weiter anziehenden Preisen auszugehen. Dies stellt insbesondere den Industrie- und Energiestandort Deutschland vor gewaltige Herausforderungen. Die Energie- und Umweltpolitik muss zur Bewältigung dieser Herausforderungen einen wichtigen Beitrag leisten.

— Eine funktionsfähige und zukunftsorientierte Energieversorgung ist unverzichtbare Grundlage für Wachstum, Wohlstand und Beschäftigung. Orientiert am Grundsatz der Nachhaltigkeit zeichnet sie sich dadurch aus, dass sie gleichzeitig die langfristige Versorgung mit Energie sichert, die Klima- und Umweltverträglichkeit der Energieversorgung stetig verbessert und eine international wettbewerbsfähige Energieversorgung am Standort Deutschland gewährleistet. Die Unternehmen der Energiewirtschaft in der Erzeugung, auf der Verbundebene sowie in den regionalen und kommunalen Strukturen leisten im liberalisierten Energiemarkt einen Beitrag für eine ökonomisch erfolgreiche, ökologisch sinnvolle und sozial ausgleichende Weiterentwicklung der Gesellschaft. Dem Staat obliegt grundsätzlich die Aufgabe, dafür geeignete Rahmenbedingungen zu schaffen.

Versorgungssicherheit

Angesichts der international gestiegenen Energiepreise und der zunehmenden Versorgungsrisiken muss die deutsche Energiepolitik alle vorhandenen Versorgungsoptionen offen halten; einzelne Energieträger dürfen nicht aus ideologischen Gründen aufgegeben werden. Kein Energieträger allein kann die Zukunftsfähigkeit der Energieversorgung sichern. Ein breiter Energiemix erleichtert es, neue Energieträger in die Wirtschaftlichkeit zu führen. Angesichts der weltweit ansteigenden Nachfrage nach fossilen Energieträgern wäre es unverantwortlich, auf Nutzung und Zugang zu heimischen Lagerstätten zu verzichten. Während die heimische Braunkohle wirtschaftlich gefördert wird, benötigt die Steinkohle weiterhin öffentliche Hilfen. Im Vordergrund sollte hierbei künftig der Beitrag zur Versorgungssicherheit und der Zugang zu den Lagerstätten stehen.

Energieeffizienz

Ebenso wichtig ist die Steigerung der Energieeffizienz und die weitere Absenkung des Energieverbrauchs pro Einheit des Bruttoinlandsprodukts. Hier kann die Edelenergie Strom einen wichtigen Beitrag leisten. Aber auch bei Strom sind noch Potenziale zur Senkung des Verbrauchs quer über alle Kundengruppen vorhanden. Gleichwohl gilt es auch hier, zumindest im europäischen Maßstab geeignete Lösungen für alle Mitgliedsstaaten zu finden und schon bereits erbrachte Leistungen zu berücksichtigen. Es müssen Anreize zum Energiesparen geschaffen werden, da eine Bestrafung von hohen Verbräuchen in erster Linie zur Abwanderung der Produktion und damit zum Verlust von Arbeitsplätzen führt.

Energiepreise

Im laufenden Jahr hat der Ölpreis bereits 70 \$/b erreicht; eine fundamentale Entspannung der Marktlage ist nicht erkennbar. Durch die Ölpreisbindung hat sich auch Erdgas verteuert. Höhere Preise für Erdgas sowie für die gleichzeitig international teurer gewordene Steinkohle haben die Stromerzeugungskosten deutlich erhöht. Umso wertvoller ist der kostenstabilisierende Beitrag der Braunkohle und der Kernenergie sowie der Beitrag zur Sicherheit der Versorgung durch die heimische Steinkohle. Es gilt auch für die zukünftigen Strukturen der Energieversorgung, diese sicher kalkulierbaren und damit preis- und kostendämpfend wirkenden heimischen Energieträger in ihrer Wirkung nicht zu beeinträchtigen. Damit wird auch ein industriepolitisch bedeutender Beitrag zur Sicherung und Weiterentwicklung der energieintensiven Industrie am Standort Deutschland geleistet. Alle Energiemärkte wachsen europaweit immer schneller zusammen. Diesen internationalen Entwicklungen kann sich Deutschland nicht entziehen.

Die Preise haben inzwischen ein Niveau erreicht, das Investitionen ermöglicht, die angesichts der weiter zunehmenden Stromnachfrage und der anstehenden Modernisierung des europäischen Kraftwerkparcs notwendig sind. Die großen deutschen Energieversorger haben bereits erklärt, dass sie in den nächsten Jahren rd. 20 Mrd. € in neue Kraftwerke und in die Netze investieren werden. Rund 15.000 MW sind bei verschiedenen Unternehmen allein für den deutschen Markt in der Planung. Eingriffe in die Preisbildung würden diese Investitionen behindern und sind deshalb abzulehnen.

Energiewirtschaftsgesetz

Mit der gesetzlichen Regulierung des Netzzugangs und der Netzentgelte auf dem deutschen Energiemarkt wurde die Grundlage für ein transparentes, diskriminierungsfreies Modell für die Strom- und Gasnetze in Deutschland geschaffen.

Das wichtigste Instrument im Regulierungsrahmen ist die zukünftige Anreizregulierung. Mit diesem System werden die Netzentgelte sinken. Die Anreizregulierung wird voraussichtlich zum 01.01.2007 eingeführt und sollte sich an folgenden Kernpunkten orientieren:

- Strukturelle Unterschiede bei den Netzkosten müssen berücksichtigt werden.
- Besonders kostengünstige Anbieter müssen eine überdurchschnittliche Verzinsung erreichen können.
- Ineffiziente Strukturen müssen bereinigt werden.

Klimapolitik / Emissionshandel

Das Protokoll von Kyoto von 1997 war ein wichtiger Fortschritt auf dem Weg zu einem globalen Klimaschutz. Weil große Emittenten wie die USA, Australien, China und Indien sich nicht beteiligen, kann Kyoto aber nach 2012 nicht einfach fortgesetzt werden. Ohne Einbindung dieser Länder würde der Nutzen des Instruments stark eingeschränkt bleiben. Die Anpassungskosten wären ungleich verteilt mit der Folge internationaler Wettbewerbsverzerrungen.

Das im Januar 2005 eingeführte EU-weite Handelssystem mit CO₂-Rechten hat einen auf Knappheit basierenden CO₂-Preis am Markt entstehen lassen und damit die politisch definierten Minderungsziele effizient in Marktsignale umgesetzt. Das knappe Angebot an Zertifikaten wird bei anhaltender Tendenz stärker die Strompreise erhöhen. Auch dies wird die internationale Wettbewerbsfähigkeit energieintensiver Industrien beeinträchtigen.

Dem Emissionshandelssystem muss in der derzeitigen Erprobungsphase und insbesondere für die Periode ab 2008 mehr Liquidität zugeführt werden. Dazu sollte die Europäische Kommission ihre bisherige Politik anpassen und mehr Zertifikate in den Handel geben. Sie sollte zudem die osteuropäischen Länder und Russland schneller als geplant in den Handel einbeziehen, gegebenenfalls auch unter Änderung der europäischen Richtlinie. Ziel muss ein deutliches Sinken des CO₂-Preises sein, um das Handelssystem politisch akzeptabel auszugestalten.

Der Ausgestaltung des zweiten Nationalen Allokationsplans (NAP II) kommt entscheidende Bedeutung für die im Erzeugungsbereich anstehenden Investitionen zu. Eine über lange Zeiträume gesicherte, angemessene und diskriminierungsfreie Ausstattung der heimischen Energiewirtschaft mit Emissionsrechten ohne bruchartige Entwertungen bestehender industrieller Strukturen ist erforderlich. Grundsätzlich ist das System weiter zu vereinfachen. Alle Regelungen müssen so angelegt sein, dass langfristig die notwendige Investitionssicherheit gegeben und ein vielfältiger Energiemix auch künftig gewährleistet bleibt. Eine dauerhaft gesicherte, brennstoffspezifische und kostenlose Ausstattung mit Emissionsrechten insbesondere für entstehende moderne Kohle- und Gaskraftwerke ist erforderlich.

Erneuerbare Energien / Kraft-Wärme-Kopplung

Das deutsche System zur Förderung der erneuerbaren Energien hat dazu geführt, dass die regenerativen Energien mittlerweile einen zweistelligen Anteil an der Stromversorgung erreicht haben. Gesetzlich ist ein Ausbauziel von 20% bis 2020 festgeschrieben. Um auf Dauer Wettbewerbsverzerrungen im europäischen Binnenmarkt zu beseitigen, sollte der Übergang auf ein europaweit einheitliches Fördersystem erfolgen, ohne dass es dabei zu Strukturbrüchen kommt. Auf Sicht muss es darum gehen, die kostengünstigsten Potentiale in Europa ohne Wettbewerbsverzerrungen zu heben.

Durch eine Beschleunigung des Leitungsbaus ist das deutsche Übertragungsnetz zügig den gewachsenen Erfordernissen durch den Ausbau der erneuerbaren Energien anzupassen.

Die gleichzeitige Erzeugung von Strom und Wärme in Kraft-Wärme-Kopplung trägt zur Energieeinsparung und zur CO₂-Minderung bei. Sie ist daher eine wichtige Option zur Erreichung einer nachhaltigen Energieversorgung und ist auch heute schon ohne Förderung wirtschaftlich. Ziel muss es sein, die Wirtschaftlichkeit der Kraft-Wärme-Kopplung durch geeignete Rahmenbedingungen dauerhaft zu gewährleisten.

Um die Importabhängigkeiten im Wärmemarkt zu vermindern und gleichzeitig einen nachhaltigen Beitrag zur Klimavorsorge zu leisten, sollte eine Verdichtung bestehender Fernwärmenetze zur Schaffung von sinnvollen zusätzlichen Wärmesenken für die KWK politisch flankiert werden.

Kernenergie

Grundlage des Betriebs der Kernkraftwerke ist die 2000 getroffene Vereinbarung mit der Bundesregierung. Sie hat wesentlich zur Versachlichung der Diskussion beigetragen. Die Kernenergie trägt mit einem Anteil von 30% an der Stromerzeugung erheblich zur Diversifizierung und zur Wettbewerbsfähigkeit unseres Energiemixes bei. Zugleich leistet sie einen Beitrag zum Klimaschutz. Selbst ein Ersatz durch die effizientesten Gaskraftwerke – energiewirtschaftlich realistisch ist eher ein Ersatz durch einen Mix aus Erdgas und Steinkohle – würde zu zusätzlichen CO₂-Emissionen von rd. 60 Mio. t pro Jahr führen und damit die deutschen CO₂-Emissionen um etwa 8% pro Jahr steigern. Ferner können mit der Kernenergie angesichts der mittelfristig anhaltenden Knappheiten im europäischen Strommarkt preisdämpfende Effekte erzielt werden. Zudem kann durch den Einsatz der Kernenergie die Zeitachse zur Erreichung der Wirtschaftlichkeit neuer Energieoptionen entscheidend erweitert werden. Vor diesem Hintergrund sollte angedacht werden, den Einsatz der Kernenergie allein auf den Sicherheitsnachweis der Anlagen abzustellen.

Die Erkundung des Salzstockes Gorleben sollte wieder aufgenommen und zu Ende geführt werden. Ziel ist rechtzeitig über ein Endlager für abgebrannte Brennelemente zu verfügen. Weiterhin ist das Endlager für schwach- und mittlerradioaktive Elemente, der Schacht Konrad, für den eine Genehmigung bereits vorliegt, nach positivem Ausgang des anhängigen Rechtsverfahrens zügig in Betrieb zu nehmen.

Energieforschung

Die Energieforschung muss in Deutschland und Europa verstärkt werden und alle Energieoptionen erfassen. Dabei sollen aus energie- und klimapolitischen Gründen folgende Forschungsgebiete ausgebaut werden:

- Angesichts des langfristig unverzichtbaren Versorgungsbeitrags der Kohleverstromung müssen „Clean Coal“-Technologien vorangetrieben werden. Dazu gehört die Verbesserung der Wirkungsgrade bis hin zur Entwicklung CO₂-freier Kraftwerke.
- Auf dem Gebiet der Speicherung von Elektrizität müssen Forschungs- und Entwicklungsanstrengungen verstärkt werden. Hier bieten sich erhebliche Möglichkeiten, die Effizienz der Stromversorgung zu erhöhen.
- Mehr als bisher muss die Energienachfrage einbezogen werden. Auch hier bestehen große Effizienzreserven.
- Zudem bedarf es der Weiterführung der Energieforschung im Bereich der Kernenergiesicherheitstechnik. Hier darf der Anschluss an die internationale Entwicklung nicht verloren gehen.

Voraussetzung für eine erfolgreiche Energieforschung ist, dass in den Entwicklungszentren qualifizierte Ingenieure und Naturwissenschaftler arbeiten. In den letzten Jahren war die Zahl der Studienabgänger in der Energietechnik nicht ausreichend, um den Bedarf zu decken; außerdem ist ein fortschreitender Abbau der Energieforschung an den Hochschulen zu verzeichnen. Ein Umsteuern ist dringend geboten, damit deutsche Unternehmen auch in Zukunft Energiespitzen-technologien für den Weltmarkt anbieten können.

Europa

Die Liberalisierung der Energiemärkte in der Europäischen Union erfordert eine Neuausrichtung der Energie- und Umweltpolitik. Nationale Alleingänge werden den veränderten Bedingungen nicht mehr gerecht. Vielmehr muss die nationale Energiepolitik sich deutlich stärker proaktiv und thematisch konstruktiv in die vielfachen und miteinander verwobenen europäischen energie- und umweltpolitischen Gespräche einbringen. Im internationalen Standortwettbewerb sind – mindestens europaweit – harmonisierte Rahmenbedingungen erforderlich, damit Wettbewerbsverzerrungen vermieden werden. Die Umsetzung von europäischen Rechtsvorschriften darf nicht dazu führen, dass der deutsche Gesetzgeber zusätzliche Belastungen draufsattelt. Der europäischen Idee ist mit einer zügigen 1:1 Umsetzung von Richtlinien und Vorschriften besser Folge geleistet.

Die Erreichung der Lissabonziele setzt voraus, dass die europäische Energiepolitik stärker als bisher die ökologischen Ziele mit den vereinbarten ökonomischen Zielen der Wettbewerbsfähigkeit verbindet. Es gilt, einerseits die europäischen Strategien zur Begrenzung der Energienachfrage und zur Stärkung der erneuerbaren Energieträger konsequent weiter zu entwickeln und andererseits darauf zu achten, dass diese Strategien ein Höchstmaß an Kosteneffizienz aufweisen.

Gleiches gilt für die Senkung der Energienachfrage: Die Einsparpotentiale sind vor allem in den 10 neuen Mitgliedstaaten deutlich höher als in der restlichen EU. Durch eine entsprechende europäische Strategie könnten Einsparziele dort wirksamer und kostengünstiger erreicht werden als durch Investitionen in Ländern mit bereits sehr hohem Effizienzniveau. Das europäische Regelwerk für Energie und Umwelt muss mit dem Ziel der Entbürokratisierung und Vereinfachung überprüft werden.

Bevor eine dritte Liberalisierungsrichtlinie erwogen wird, sollte in den nächsten Jahren zunächst beobachtet werden, wie sich die bisherigen Richtlinien – 1996/98 zur Liberalisierung der Strom- und Gasmärkte, 2003 zur Beschleunigung der Liberalisierung – auf die Entwicklung der europäischen Energiemärkte auswirken, weil die Energiewirtschaft auf langfristig stabile Rahmenbedingungen angewiesen ist. Auch durch einen Ausbau der Netzverbindungen kann ein wichtiger Beitrag zur Integration der Märkte geleistet werden.